

## Steinbrück legt Nebeneinkünfte aus Vorträgen offen

Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat seine Einkünfte aus Vortragshonoraren wie angekündigt ins Internet gestellt.

Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat seine Einkünfte aus Vortragshonoraren wie angekündigt ins Internet gestellt. "Ich gehe damit weit über die bisher geltenden Transparenzregeln hinaus", sagte Steinbrück in Berlin. Die CDU/CSU reagierte allerdings zurückhaltend auf Forderungen von SPD und Grünen, alle Abgeordneten sollten Nebeneinkünfte in ähnlicher Weise offenlegen.

Der am Dienstag auf den Seiten [www.spd.de](http://www.spd.de) und [www.peer-steinbrueck.de](http://www.peer-steinbrueck.de) einsehbarer Zusammenstellung der von Steinbrück beauftragten Wirtschaftsprüfer zufolge nahm der frühere Finanzminister von 2009 bis Mitte Juli 2012 für 89 Vorträge insgesamt 1,25 Millionen Euro ein. Das Regelhonorar betrug dabei 15.000 Euro pro Vortrag, es gab aber auch niedrigere Beträge sowie höhere bis hin zu 25.000 Euro. Weitere Nebeneinkünfte Steinbrücks, zum Beispiel aus Buchhonoraren, sind in der Aufstellung nicht enthalten.

Steinbrück forderte "konkurrierende Parteien" auf, sich an seinem Vorgehen ein Beispiel zu nehmen und schärferen Offenlegungspflichten für Nebeneinkünfte von Abgeordneten zuzustimmen. Vorwürfe, er habe sich durch seine bezahlten Vorträge in eine Abhängigkeit von Auftraggebern begeben, wies er erneut als "absurd" zurück. Mit Blick auf solche Vorwürfe sagte Steinbrück: "Nachdem andere versucht haben, mir einen Stein an den Kopf zu werfen, trage ich nun gern dazu bei, dass daraus ein Bumerang wird, der an ihren eigenen Kopf zurückfliegt."

Unter den aufgelisteten Vorträgen sind auch zwei, deren pflichtgemäße Anzeige beim Bundestagspräsidenten er zunächst versäumt hatte. "Ich habe es einfach verschwitzt", sagte dazu Steinbrück. Die beiden Vorträge im Oktober 2011 seien von ihm aber inzwischen nachgemeldet worden. Steinbrück hob auch hervor, er habe sein Abgeordnetenmandat ungeachtet der Vortragstätigkeit jederzeit sehr ernst genommen. Er räumte allerdings ein, in den Jahren 2009 und 2010 sieben Plenarsitzungen mit namentlichen Abstimmungen versäumt zu haben. Später sei dies aber nicht mehr vorgekommen.

Steinbrück gehe mit dem Thema "vorbildlich transparent um. Das sollten jetzt endlich auch die Lautsprecher aus CDU/CSU und FDP tun", sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel den Dortmunder "Ruhr Nachrichten". Der Kanzlerkandidat lege alles offen, habe alles versteuert und niemandem nach dem Mund geredet.

"Steinbrück hat Wort gehalten und seine Honorare auf Heller und Pfennig veröffentlicht", lobte auch Grünen-Parlamentsgeschäftsführer Volker Beck. Auch er forderte Union und FDP auf, jetzt ebenfalls "Flagge zu zeigen".

Aus Unionskreisen hieß es dazu, es gebe keinen Grund, das Vorgehen Steinbrücks auf andere Parteien zu übertragen. Allerdings wies CDU/CSU-Parlamentsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer darauf hin, dass auch die Koalitionsfraktionen sich bereits für erweiterte Transparenzpflichten für Abgeordnete ausgesprochen hätten.

Steinbrück habe "Maßstäbe gesetzt", lobte in [Bild.de](http://Bild.de) der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte. Die Organisation [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) begrüßte Steinbrücks "Transparenzoffensive". In einer Erklärung forderte sie zugleich die schwarz-gelbe Koalition auf, eine exakte Offenlegung von Nebeneinkünften durch alle Bundestagsabgeordneten nicht länger zu blockieren. Die Organisation Lobbycontrol kritisierte allerdings, dass Steinbrück weitere Nebentätigkeiten im publizistischen Bereich nicht offenlege.

powered by  WeFind

© 2012 stern.de GmbH